

Bremer Parteienforscher: Große Koalition unter Führung der SPD bleibt - Wahlbeteiligung könnte für SPD aber zum Risikofaktor werden

Der Wahlkampf zur Bremer Bürgerschaftswahl 2003 tritt in seine letzte Phase. Wie sind die Chancen der Parteien, welche Koalition erwartet die Bremer Bürgerinnen und Bürger, wie wird sich die Bundespolitik auf die Wahlentscheidung auswirken? Mit diesen Fragen hat sich der **Bremer Parteienforscher Dr. Lothar Probst** vom *Institut für Politikwissenschaft* an der Universität Bremen in einer ausführlicheren Analyse beschäftigt. Die wichtigsten Teile der Analyse sind markiert. Sie erreichen den Autor unter den **Telefonnummern 218-3236, 0172 4077394, unter der e-mail probst@uni-bremen.de** oder über die Uni-Pressestelle.

Zusammenfassung

Probst rechnet zwar mit einem Wahlsieg der SPD mit ihrem populären Bürgermeister Henning Scherf an der Spitze, glaubt aber, dass der Vorsprung nicht so groß sein wird, wie er in den letzten Wochen von einigen Meinungsforschungsinstituten vorhergesagt worden ist. Obwohl die Position der Bremer SPD bisher kaum von der bundespolitischen Entwicklung beeinträchtigt worden sei, könnte sich die Zuspitzung der Krisenmomente in der Bundes-SPD noch demobilisierend auf einen Teil der traditionellen SPD-Wählerschaft auswirken. Komme es zu einer geringen Wahlbeteiligung (bereits bei der letzten Wahl betrug die Wahlbeteiligung nur 60,1 %), auch weil viele Wähler sowieso eine Fortsetzung des bisherigen Regierungsbündnisses erwarten, könnte sich dies vor allem zu Lasten der SPD auswirken. Außerdem erwartet der Parteienforscher ein Abdriften von SPD-Wählern an die Grünen. Ein Teil der SPD-Wählerschaft sei in der Frage der Fortsetzung der Großen Koalition gespalten und strebe eine andere Koalition an. Bei der letzten Bürgerschaftswahl 1999 konnte die SPD dagegen den Grünen in ihren Hochburgen Stimmen abnehmen.

Der CDU traut der Parteienforscher zu, doch noch in die Nähe ihres letzten Wahlergebnisses zu kommen. Auch wenn in Bremen unter landespolitischen Gesichtspunkten gewählt werde, könne die CDU vom allgemeinen Auftrieb der Christdemokraten in der Bundesrepublik profitieren. Bei der Niedersachsenwahl habe das gesamte nähere Umland Bremens sich z.B. in Richtung CDU bewegt. Hinzu komme, dass das bürgerliche Lager in jedem Fall die CDU stark machen wolle, um eine rot-grüne Koalition in Bremen zu verhindern. **Starke** Verluste der CDU an die FDP seien deshalb nicht zu erwarten. Alles spräche vor diesem Hintergrund für eine Fortsetzung der Großen Koalition, zumal Bürgermeister Scherf eine klare persönliche Präferenz für diese Konstellation zu erkennen gegeben habe und auch eine Mehrheit der Bevölkerung mangels überzeugender Alternativen diese Option bevorzuge. Komme es allerdings zu deutlichen Verlusten für die SPD, Verlusten für die CDU und deutlichen Gewinnen für die Grünen, könnte es in der SPD - trotz des Votums von Scherf für eine Fortführung der Großen Koalition - noch einmal eine kontroverse Debatte über die Koalitionsfrage geben. Probst hält es aber auch dann für so gut wie ausgeschlossen, dass sich eine Mehrheit der SPD über Scherf hinwegsetzen würde. Für ebenso unwahrscheinlich hält es der Parteienforscher, dass die CDU eine Mehrheit vor der SPD erzielt und dadurch einer rot-grünen Koalition die Tür geöffnet würde.

Analyse zu den Chancen und Problemen der wichtigsten Parteien

1. Zur politischen Situation im Vorfeld der Bremer Bürgerschaftswahl 2003

Bürgerschaftswahlen in Bremen, dem Zweistädtestaat an der Weser, rufen in der Regel unter politischen Beobachtern nicht gerade ein überwältigendes Interesse hervor. Zu unbedeutend erscheint das kleinste Bundesland, das mit ca. 480.000 Wahlberechtigten gerade mal die Dimension einer mittleren Großstadt in einem der Flächenstaaten erreicht, um auf bundespolitische Entwicklungen und Entscheidungen Einfluss nehmen zu können. Selbst die drei Stimmen Bremens im Bundesrat spielen bei der gegenwärtigen Kräftekonstellation keine entscheidende Rolle.

Dennoch wird der Ausgang der diesjährigen Bürgerschaftswahl auch in Berlin aufmerksam registriert werden. Vor allem die SPD dürfte sich nach einer Serie von Wahlniederlagen, durch die sich die politische Länderkarte in der Bundesrepublik weiter schwarz eingefärbt hat, nach einem Wahlerfolg sehnen, auch wenn dieser bundespolitisch kaum ausgeschlachtet werden könnte, sondern allenfalls von symbolischer Bedeutung wäre. Für die Grünen würde ein Anknüpfen an alte Wahlerfolge in der Hansestadt mit einem guten zweistelligen Ergebnis den Aufwärtstrend seit der Bundestagswahl bekräftigen und ihre Position als dritte politische Kraft stärken. Für die Berliner CDU schließlich wären leichte Verluste kein Beinbruch, wenn es gelingt, als Partner in der Regierungskoalition zu bleiben und damit auch weiterhin auf die Politik im kleinsten Bundesland Einfluss nehmen zu können.

Der Wahlkampf in Bremen zeichnet sich bisher durch eine vergleichsweise große Sachlichkeit aus. Es gibt kaum polarisierende und mobilisierende Themen, die von einer Partei besonders prononciert in den Wahlkampf eingebracht worden sind (wie etwa das Thema „Innere Sicherheit“ im Hamburger Wahlkampf vor zwei Jahren). In dieser Situation könnte man erwarten, dass bundespolitische Themen, insbesondere die Auseinandersetzung um die Reformagenda des Bundeskanzlers im Hinblick auf die sozialen Sicherungssysteme sowie die allgemeine Stimmung gegen die SPD-geführte Bundesregierung, in den Wahlkampf hineinschwappen und die Wahlentscheidung maßgeblich beeinflussen, so wie es Anfang des Jahres im Nachbarland Niedersachsen der Fall war. Bisher gibt es aber keine Indikatoren dafür, dass der Wahlausgang tatsächlich durch eine „Abrechnung“ der Wähler mit der Bundesregierung maßgeblich beeinflusst wird. Die Wahl wird als eine Entscheidung über landespolitische Fragen wahrgenommen, und die SPD mit Henning Scherf an der Spitze tut alles dafür, den Wahlkampf in diese Richtung zu trimmen, um nicht in einen Abwärtsstrudel mit der Bundes-SPD zu geraten. Auf spektakuläre Großauftritte der Bundesprominenz wird von Seiten der SPD bewusst verzichtet.

Der relative ruhige und sachliche Verlauf des bisherigen Wahlkampfes ist zum einen der Tatsache geschuldet, dass es in den Führungsspitzen von SPD und CDU eine klare Option für eine Fortsetzung der Großen Koalition gibt, so dass man sich allzu scharfer und ausgrenzender Töne gegenüber dem anderen enthält. Zum anderen ist es vor allem der integrierende und auf Konsens ausgerichtete Regierungs- und Führungsstil von Henning Scherf, der dem Wahlkampf insgesamt eine mäßigende Tönung verleiht (*allerdings hat Scherf - entgegen seiner sonstigen Geflogenheiten - eine unnötige Schärfe in die Auseinandersetzung um einige Stadtteilbezogene Konflikte*

gebracht, die ihm dort Sympathien gekostet haben dürfte). Dafür spricht nicht zuletzt die vom ihm ausgegangene Initiative, auf großflächige Plakatierung im Innenstadtbereich zu verzichten. In Teilen der SPD wird man die Zurückhaltung, mit der aus dem Rathaus Wahlkampf gemacht wird, zwar mit zusammengebissenen Zähnen verfolgen, weil man die CDU lieber schärfer angehen würde, aber letzten Endes weiß die sozialdemokratische Partei, dass sie ohne ihren populären Vormann Henning Scherf deutlich schlechtere Wahlchancen haben würde. Die CDU dagegen muss eine ausgewogene Strategie verfolgen. Auf der einen Seite darf sie sich nicht allzu sehr auf die SPD, mit der sie ja weiterregieren will, einschließen, auf der anderen Seite muss sie aufpassen, von Henning Scherfs bekannter Umarmungsstrategie nicht völlig erdrückt zu werden. Sie ist also darauf angewiesen, stärker eigene Akzente zu setzen. Am meisten profitieren die Grünen von der jetzigen Konstellation. Sie können ihre Rolle als einzige parlamentarische Oppositionspartei in den letzten vier Jahren voll ausspielen und ungebremst auf die Versäumnisse, Fehler und Schwächen der beiden Regierungsparteien hinweisen. Dabei kommt den Grünen entgegen, dass die Sanierungspolitik der Großen Koalition, die ohne Zweifel auf viele Erfolge zurückblicken kann, in der letzten Legislaturperiode an Glanz verloren und einige Schwächen aufzuweisen hat. Das finanzielle Fiasko rund um Musical am Richtweg und das sich anbahnende Fiasko um den Space-Park haben beiden Koalitionsparteien und ihre Führungsspitzen zu verantworten. Außerdem zeichnet sich der Sanierungskurs zunehmend durch einige Asymmetrien aus, so dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden ist, dass immer stärker an der sozialen und kulturellen Infrastruktur gespart wird, während für fragwürdige Investitionsprojekte das Geld mit vollen Händen ausgegeben wurde. Allerdings muss sich auch die grüne Partei mit allzu vollmundigen Versprechungen zurückhalten, da sie erklärtermaßen in den nächsten vier Jahren mitregieren will und dass in einer Situation, in der die finanziellen Spielräume für Reformen noch erheblich enger werden.

In einer schwierigen und bisher eher marginalen Situation steckt die FDP. Sie möchte in jedem Fall, mit dem Schub der Wahlergebnisse in Hessen und Niedersachsen im Rücken, wieder in die Bürgerschaft einziehen, aber sie hat es schwer, dem Wähler klar zu machen wozu. Denn im Gegensatz zu Niedersachsen fehlt der FDP in Bremen die christdemokratische Partei, die ihr Avancen fürs Mitregieren macht. Ein bürgerliches Regierungsbündnis aus CDU und FDP ist weit und breit nicht in Sicht und mehr als unwahrscheinlich. Bürgerliche Wähler dürften sich vor diesem Hintergrund eher dafür entscheiden, die CDU im Verhältnis zur SPD so stark wie möglich zu machen. DVU, Schill-Partei, PDS und andere Randparteien werden aller Voraussicht beim Wahlausgang unter ferner liefen rangieren – in Bremerhaven ist die DVU allerdings immer wieder für Überraschungsergebnisse gut.

Auch wenn gegenwärtig in den meisten Umfragen die SPD deutlich vor der CDU liegt und alles für eine Fortsetzung der bisherigen Koalition unter Führung von Henning Scherf spricht, gibt es eine Reihe von Unsicherheitsfaktoren, die den Wahlausgang noch eine eigene Note verleihen könnten. Deshalb werden im Folgenden die Stärken, Schwächen und Mobilisierungsprobleme der wichtigsten Parteien kurz analysiert.

2. Zu den Chancen und Problemen der einzelnen Parteien

a) Die SPD

Wenn die These, dass es in bestimmten Regionen die politisch-kulturelle Hegemonie einer bestimmten Partei gibt, eine Berechtigung hat, dann mit Sicherheit im Bundesland Bremen. Bis heute wirken die starken Wurzeln nach, die die Sozialdemokratie bereits Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts zum tonangebenden politischen Milieu in Bremen gemacht haben. Selbst den Nationalsozialisten ist es in den zwölf Jahren ihrer Diktatur nicht gelungen, die prägende Kraft des sozialdemokratischen Milieus in Bremen entscheidend zu schwächen. Seit 1945 stellt die SPD ununterbrochen den jeweiligen 1. Bürgermeister der Hansestadt, seit der Rekonstituierung des Bundeslandes Bremen in der amerikanischen Zone im Jahr 1947 ist die SPD ununterbrochen als führende Regierungspartei in der politischen Verantwortung – viele Jahre davon konnte sie mit absoluter Mehrheit regieren. Bis heute wirken die Verbindungen der SPD in viele Bereiche der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens hinein. In Gewerkschaften, Vereinen, Stiftungen und gemeinnützigen Organisationen stehen Sozialdemokraten an der Spitze. Die politische Vorherrschaft der SPD hat im wahrsten Sinne des Wortes tiefe Spuren hinterlassen. Den integrierenden und positiven Effekten, die der prägende sozialdemokratische Einfluss auf das Leben der Stadt ausgeübt hat, stehen auf der anderen Seite fragwürdige und unter demokratischen Gesichtspunkten auch problematische Seiten gegenüber. Über viele Jahre hat ein politischer Immobilismus die Entwicklung der Stadt gehemmt, hat sich der Einfluss der SPD wie ein Netz über die Stadt gelegt, haben sich verfestigte Strukturen und ein erhebliches Maß an politischem Filz herausgebildet. In **dieser** Beziehung bilden die CSU in Bayern und die SPD in Bremen mit ihrer jeweils hegemonialen Stellung durchaus ein vergleichbares Paar.

Die SPD konnte zwar auch als Partei über Jahrzehnte sich auf das sozialdemokratische Milieu im Zweistädtestaat stützen, gleichwohl spielten politische Integrations- und Führungsfiguren für ihre starke Stellung eine wichtige Rolle. An erster Stelle ist hier Wilhelm Kaisen zu nennen, der zwanzig Jahre lang von 1945 bis 1965 die Geschicke der Stadt lenkte. Einerseits verkörperte Kaisen sozialdemokratische Traditionen im besten Sinne, andererseits wurde er durch seine solide und pragmatische Art des Regierens zum Symbol des Ausgleichs zwischen Kaufmann- und Arbeiterschaft – in einer Zeit des Wirtschaftswunders, in der Bremen mit der Rolle seiner Häfen und seiner Werftindustrie wuchern konnte und alle mehr oder weniger vom Wachstum profitierten. Zunächst konnte sich auch Hans Koschnik, der zwischen 1967 und 1985 Bürgermeister war, nahtlos in diese Tradition einreihen. Allerdings signalisierte bereits das durch einen verschärften internationalen Wettbewerb ausgelöste Werftesterben Anfang der achtziger Jahre, als die AG Weser geschlossen wurde, ein Ende des Bremer Erfolgsmodells und warf einen kleinen Schatten auf die Amtszeit von Hans Koschnik. 1985, mitten in der Legislaturperiode, übergab Koschnik den Stab an Klaus Wedemeier. Wedemeier verkörperte die Veränderungen, die mittlerweile innerhalb der SPD stattgefunden hatten. Aus der traditionellen Arbeiterpartei war in ihren Gremien mehr und mehr eine Angestelltenpartei geworden. Wedemeier fehlte das sozialdemokratische Herzblut und auch die Ausstrahlung eines Kaisen oder Koschnik, wenngleich er bei der ersten Wahl nach seiner Inthronisierung eine absolute Mehrheit für die SPD erzielte. Insgesamt war die Ära Wedemeier aber durch eine sich zunächst langsam, dann rapide vollziehende Erosion der sozialdemokratischen Anhängerschaft gekennzeichnet. Auf der einen Seite wurde die Grünen auf Kosten der SPD immer stärker, andererseits brach die SPD auf Seiten ihrer traditio-

nellen Wählerschaft ein und verlor Stimmen zunächst an die rechtsextreme DVU (vor allem in Bremerhaven), dann 1995 an die Arbeit für Bremen (AfB). Auch in der kurzen Zeit der Ampelkoalition zwischen 1991 und 1995 fehlte Wedemeier die politische Autorität und Führungsstärke, um das heterogene Bündnis zusammenzuhalten. Seine Amtszeit kann eher als glücklos bezeichnet werden. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass sich Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre die finanziellen und wirtschaftlichen Probleme Bremens akkumulierten und eine Sanierungsstrategie auf der Tagesordnung stand, die weder von der SPD alleine noch einer von Koalition wie der Ampelkoalition offensichtlich gemeistert werden konnten.

Ein wahres Wunder nach dem Rückgang der Wählerschaft der SPD auf 33,4 % im Jahre 1995 verbrachte in den Folgejahren Henning Scherf. Der vom Saulus zum Paulus bekehrte ehemalige linke Juso, bundesweit durch seine Angriffe auf Franz-Josef Strauß und eine auf staatliche Verteilung zielende politische Philosophie, die eine gewisse Nähe zu Stamokap-Theorien nicht verleugnen konnte, bekannt geworden, wurde in nur vier Jahren zum erfolgreichen Architekten einer Koalition, die er eigentlich zunächst gar nicht gewollt hatte. Als er nach Wedemeiers Rücktritt 1995 von der SPD mit der Regierungsbildung beauftragt wurde, entschloss er sich aufgrund einer Mehrheitsstimmung in der Partei und in der Stadt zum Bündnis mit der CDU, obwohl auch ein Bündnis – allerdings mit einer hauchdünnen Mehrheit – mit den Grünen möglich gewesen wäre. Was zunächst wie eine Verlegenheitslösung aussah, entpuppte sich unter Scherfs Führung zu einer Wunschkoalition. Sie trug der Stimmung in der Stadt, die ernsthaft um ihre Eigenständigkeit fürchten musste (und immer noch muss) und für die der Strukturwandel von den alten prägenden Industrien zu modernen Dienstleistungs- und Hightech-Industrien zur obersten Priorität wurde, Rechnung.

Seit Scherf die Große Koalition anführt, ist er nach und nach in die Fußstapfen von Wilhelm Kaisen und Hans Koschnik gestiegen, ohne diese zu kopieren. Mit seiner Politik in der Großen Koalition knüpft er an das Bündnis zwischen Kaufmannschaft und sozialdemokratischem Milieu an und versucht vor allem zu integrieren und zusammenzuführen. Scherf ist heute in allen Teilen der Bremer Gesellschaft ein angesehener und beliebter Gesprächspartner, auch wenn er in seiner eigenen Partei nicht immer geliebt wird. Er hat dazu beigetragen, den politischen Immobilismus – auch in seiner eigenen Partei – zu überwinden, wirbt erfolgreich für die weitere Sanierung Bremens, hat sich mit von ihm geförderten Projekten, wie der International University Bremen, weit von der klassischen sozialdemokratischen Bildungs- und Wissenschaftspolitik entfernt und wirkt auf der Bundesebene als Vermittler zwischen SPD und CDU im Bundesrat. Gleichzeitig verkörpert er widerstreitende politische Tendenzen in einer Person. Auf der einen Seite ist er nach wie vor Vertreter eines christlich unterfütterten Pazifismus oder auch der entschiedene Verfechter eines Dialogs der unterschiedlichen Kulturen (womit er sich bei der CDU nicht immer beliebt gemacht hat), auf der anderen Seite vertritt er wirtschaftspolitische Positionen, die genauso gut bei der CDU aufgehoben sein könnten, oder er wettet gegen die Naturschützer, die mit ihrem übertriebenen Artenschutz die Wirtschaftsentwicklung Bremens blockieren (womit er sich in der eigenen Partei und im linksalternativen Milieu nicht beliebt gemacht hat). Scherf bezeichnet sich selbst auch gerne als „linken“ Populisten. Ob die Einordnung als „Linker“ tatsächlich noch berechtigt ist, ist eine andere Frage, als erfolgreichen Populisten kann man ihn in jedem Fall bezeichnen. Durch seine Art des Auftretens

und Agierens in der Öffentlichkeit ist er in gewisser Weise zu ideellen Projektionsfläche für den Wunsch vieler Bremer nach politischer Eigenständigkeit, wirtschaftlichem Erfolg, sozialem Ausgleich, gelungenem Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen der Gesellschaft und friedlicher Entwicklung in der Welt geworden. In dieser Hinsicht ist Scherf ein Prototyp und erfolgreicher Repräsentant eines *Populismus der Mitte*.

Mit seiner politischen Orientierung auf die Große Koalition und seinem persönlichen Gewicht gelang es Scherf 1999, in dem Jahr, in dem für die SPD eine Landtagswahl nach der anderen verloren ging, gewissermaßen gegen den Trend fast 10 % für die SPD in Bremen hinzuzugewinnen. Wenn es also der SPD auch in dieser Wahl gelingen sollte, die Mehrheit zu verteidigen und wiederum stärkste Partei zu werden, dann dürfte das in erste Linie dem großen Integrator Henning Scherf zu verdanken sein.

Die größten Gefahren für einen erneuten Wahlsieg drohen der SPD von einer zu großen Selbstsicherheit, von einer Mobilisierungsschwäche im traditionellen Milieu sowie von einer Wechselwählerbereitschaft in Richtung Grüne beim linkssozialdemokratischen Milieu. Eine Partei, die derart auf die Popularität ihres Frontmannes setzt und von oben auf einen Versöhnungswahlkampf eingeschworen wird, ist schwerer in Schwung zu bringen als wenn es einen klaren Gegner gibt. Die Partei nimmt sich automatisch zurück und begibt sich ganz und gar in die Abhängigkeit ihres Spitzenmannes. Eine andere Mobilisierungsschwäche droht der Bremer SPD, trotz ihrer Versuche, die Bundespolitik aus dem Wahlkampf herauszuhalten, von den Konflikten und dem Streit um die Reformagenda des Bundeskanzlers. Die bevorstehenden Einschnitte in die sozialen Sicherungssysteme verunsichern insbesondere auch sozialdemokratische Wählerinnen und Wähler, die in der SPD bisher eine Schutzmacht für die Schwachen der Gesellschaft gesehen haben. Vor diesem Hintergrund könnten insbesondere Wähler zu Hause bleiben, die der SPD aus Tradition verbunden sind, aber der gegenwärtigen Richtung der Politik der Bundesregierung misstrauen. Ein weiterer Unsicherheitsfaktor ist der Drift linkssozialdemokratischer Wähler in Richtung Grüne. Die Frage ist, wie stark dieser Drift ausfallen wird. Angesichts einer gewachsenen Unzufriedenheit in der SPD und ihren Gliederungen mit der jetzigen Koalition dürfte es auch in der Wählerschaft eine gewisse Wechselwählerbereitschaft in Richtung Grün geben. Bereits bei der Bundestagswahl konnten die Grünen in Bremen wieder in ihren Hochburgen an alte Erfolge anknüpfen und von der SPD die Wähler zurückgewinnen, die sie 1999 an die SPD verloren hatte. Das Wahlergebnis für die SPD dürfte vor diesem Hintergrund eher deutlich niedriger ausfallen, als es in den letzten Umfragen abgebildet wurde.

b) Die CDU

Die CDU hat sich jahrzehntelang in Bremen in der Diaspora befunden. Von Anfang an fehlte ihr in dem protestantisch-calvinistisch geprägten Land Bremen das katholische Milieu, welches in anderen Bundesländern das Reservoir bildet, aus dem die CDU schöpfen kann. Ausgehend von einem niedrigen Sockel konnte die CDU bis Mitte der siebziger Jahre nie mehr als 33,8 % der

Wählerstimmen auf sich vereinigen, 1987 fiel sie sogar auf ein Niveau von 23,4 % zurück. Die marginale Position der CDU drückte sich auch darin aus, dass es ihr – von einem kurzen Intermezzo in den fünfziger Jahren abgesehen – bis 1995 nie gelungen ist, Teil einer Regierungskoalition in Bremen zu werden. Erst Anfang der neunziger Jahre begann eine Phase, in der sich die CDU Stück für Stück nach oben arbeiten konnte. Während die SPD in dieser Zeit ihre größten Stimmenverluste zu verzeichnen hatte, konnte die CDU umgekehrt in dieser Zeit ihre größten Stimmengewinne verbuchen. So konnte sie sich 1991 auf das zwar immer noch bescheidene Niveau von 30,8 % steigern. Nimmt man aber die 23,4 % von 1987 als Ausgangsbasis, dann bedeutete dies eine Steigerung von fast sieben Prozent. 1995 konnte die CDU dann noch einmal 2 % zulegen. Einen wirklichen Durchbruch erzielte die Partei aber erst 1999, nach ihrem ersten Eintritt in eine Koalitionsregierung mit der SPD. In einer Art wechselseitiger Zugewinngemeinschaft konnten beide Volksparteien von den Erfolgen der Großen Koalition profitieren und deutlich zulegen. Mit 37,1 % erreichte die CDU zum ersten Mal ein Ergebnis, welches an Wahlergebnisse der CDU in anderen Bundesländern anknüpfen konnte.

Seit 1979 wird die CDU in Bremen von Bernd Neumann geführt. Obwohl er als Spitzenkandidat der CDU in Bremen regelmäßig an der Mehrheit für die SPD gescheitert ist, hat er durch seine Beharrlichkeit mit zu den Erfolgen der CDU in den letzten Jahren beigetragen. 1987 konzentrierte sich Neumann zwar auf eine Karriere außerhalb Bremens als Mitglied des Bundestages (seit 1987), er hielt aber als Landesvorsitzender ununterbrochen die Fäden in der Hand und brachte neue Leute in die Partei. Insbesondere förderte er den Nachwuchs innerhalb der CDU. Die Tatsache, dass die CDU in Bremen heute über eine vergleichsweise junge Fraktion verfügt, ist u.a. auch auf seinen Einfluss zurückzuführen. Vor allem durch seine Mentorenfunktion für den ehrgeizigen jüngeren Fraktionsvorsitzenden der CDU in Bremen, Jens Eckhoff, hat die CDU heute ein anderes Gesicht als noch vor 10 Jahren. Neumann, der es innerhalb seiner Bundeskarriere bis zum Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie brachte und ein Intimus von Helmut Kohl war (und ist), hat auf jeden Fall die Weichen für seine Nachfolge gestellt.

Dass die CDU heute mehr Profil in Bremen hat, verdankt sie auch der Riege ihrer jetzigen Senatoren. Helmut Perschau machte zwar während seiner politischen Karriere in Hamburg und in Sachsen-Anhalt eine unglückliche Figur, stieg aber in Bremen zu einem anerkannten Mitglied des Senats auf. Als Finanzsenator bildet er eine gemeinsame Achse innerhalb der Großen Koalition mit Scherf und tritt nach außen als jemand auf, der unablässig für Bremens Eigenständigkeit streitet – manchmal auch gegen die Interessen seiner CDU-Parteifreunde in anderen Bundesländern. Josef Hattig, der als ehemaliger erfolgreicher Manager der Beck's Brauerei ins CDU-Regierungsboot geholt wurde, versucht nach außen wirtschaftspolitische Kompetenz zu vermitteln. Allerdings ist sein Ruf als erfolgreicher Sanierer der Bremer Wirtschaft seit den Pleiten rund ums Musical und dem sich anbahnenden Fiasko beim Space-Park nicht mehr unumstritten. Als Dritter im Bunde konnte schließlich Kuno Böse, der in der letzten Legislaturperiode aus Berlin geholt wurde, im Bereich Innenpolitik und zum Teil auch in der Kulturpolitik Punkte für die CDU sammeln. Seit die CDU das Innenressort leitet und eine schärfere Gangart in der Kriminalitätsbekämpfung und in der Auseinandersetzung mit autonomen „Krawallmachern“ eingeschlagen hat, ist es in Bremen auf jeden Fall in dieser Hinsicht ruhiger geworden.

Trotz der Festigung ihrer Position ist es der CDU in den vergangenen vier Jahren nicht wirklich gelungen, sich neue Wählerkreise zu erschließen (bei der Bundestagswahl im letzten Sommer fiel die CDU in Bremen wieder auf ein Ergebnis von 24,6 % zurück, wobei die besonderen Umstände mit dem im Norden ungeliebten Kanzlerkandidaten der CDU/CSU Stoiber in Rechnung zu stellen sind). 1999 hat sie das bürgerliche Wählerspektrum – auch auf Kosten der FDP – im Wesentlichen ausgeschöpft. Dieses Mal wird die FDP mit Sicherheit zulegen, wenn auch eventuell an der 5 % Hürde scheitern. Vor diesem Hintergrund ist es für die CDU sehr schwierig, ihr Wahlergebnis von 1999 wieder zu erreichen oder sogar zu toppen. Sie muss auf der einen Seite das konservativ-bürgerliche Milieu mobilisieren (ohne einen offensiven Wahlkampf gegen die SPD führen zu können), andererseits auch in neue Wählerschichten vorstoßen. Offensichtlich will man dieses Ziel mit einer Art Doppelstrategie erreichen: Ihren Wahlkampfauftakt beginnt die CDU mit einer Großveranstaltung, zu der Helmut Kohl als wichtigster Redner eingeladen wurde – ein Hinweis darauf, dass man das klassische konservative Milieu noch einmal mit der Aura des Kanzlers der Einheit mobilisieren will. In der Bremer CDU gab es immer schon ein Faible für den langjährigen Kanzler. Selbst zum Höhepunkt der Spendenaffäre hielt man ihm hier die Treue. Zum anderen will man eher konservative Wählerkreise mit dem Thema „Innere Sicherheit“ mobilisieren. Die CDU nutzt jede Gelegenheit, wie die jüngste Bus-Entführung, um die Gefahren, die von islamitischen Gruppierungen auch in Bremen ausgehen, zu beschwören (hier setzt sich die CDU im Übrigen deutlich von Henning Scherf ab).

Andererseits fallen die großflächigen Plakate auf, auf denen die CDU eine ganze Frauenriege mit dem Slogan „Starke Frauen wählen“ präsentiert. Sie sollen signalisieren, dass die CDU für eine moderne, offene und frauenfreundliche Politik eintritt. Offensichtlich hat man Lehren aus der Bundestagswahl gezogen, bei der nicht zuletzt die Frauen den Ausschlag für den Sieg der rot-grünen Koalition gegeben haben. Angela Merkel versucht seit langem, die CDU auch mit weicheren und „weiblicheren“ Themen neu zu positionieren, um in urbanen und modernen Wählerschichten mehr Stimmen zu gewinnen. Dazu passt das Wahlplakat der CDU, auf dem zu lesen ist: *Kinder, Karriere und ein kostenloses Kindergartenjahr*. Ob das Konzept der CDU aufgehen wird, lässt sich nur schwer beantworten. Es ist allerdings nicht ausgeschlossen, dass die CDU mit dieser Doppelstrategie besser abschneiden wird, als in bisherigen Umfragen erwartet wird.

c) Die Bündnisgrünen

Bremen ist gewissermaßen eine der Urquellen der grünen Partei. Getragen von einem breiten Strom von Bürgerinitiativen, die sich im Laufe der siebziger Jahre herausgebildet hatten, aber auch von Einzelpersonen, die der SPD enttäuscht den Rücken kehrten, gelang es hier bereits 1978 der damaligen *Bremer Grünen Liste* die 5 % Hürde zu knacken und als erste grüne Gruppierung in ein Landesparlament einzuziehen. Anfang der achtziger Jahre war das grüne Milieu zwar noch gespalten, aber 1983 konnte sich die Landesorganisation der Bundesgrünen gegen ihre Mitkonkurrenten endgültig durchsetzen. Seitdem entwickelte sich Bremen als eine der Hochburgen der grünen Bewegung. Innerhalb von 12 Jahren konnten die Grünen ihr Stimmenpotenzial auf 13,1 % (1995) ausbauen. Dennoch blieb ihnen bis 1991 die Teilnahme an einer Regierungskoalition verwehrt. Aufgrund einer nur denkbar knappen Mehrheit für Rot-Grün nach dem Wahlergebnis von 1991 entschied sich der damalige SPD-Spitzenkandidat Klaus Wedemeyer für eine Ampel-Koalition, da er fürchtete, dass Abweichler in der SPD einem rein rot-grünen

Senat die Gefolgschaft verweigern würden. Tatsächlich geriet die Ampel-Koalition, bei der die Chemie insbesondere zwischen dem liberalen Wirtschaftsminister und dem grünen Umweltsenator nicht stimmte, in arge Turbulenzen. Als es nach der Anmeldung von Naturschutzgebieten bei der EU zu einem Eklat kam und ein Misstrauensvotum gegen den grünen Umweltsenator eingebracht wurde, platzte die Koalition, da auch SPD-Abgeordnete dem grünen Senator die Unterstützung verweigerten. Die Grünen gingen zwar gestärkt aus der darauf folgenden Wahl hervor, aber letzten Ende ebneten die Turbulenzen der Ampel-Koalition der Großen Koalition den Weg. 1999, in einer Phase allgemeiner grüner Wahlniederlagen, mussten auch die Bremer Grünen schmerzliche Verluste verkraften. Sie fielen von 13,1 % auf 8,9 % zurück und verloren in absoluten Zahlen fast 20.000 Wähler, viele davon an die SPD. Für die Bündnisgrünen wirkte sich insbesondere die Tatsache negativ aus, dass nur 17,5 % der Wählerinnen und Wähler 1999 sich für eine rot-grünen Regierung aussprachen. Bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl können die Grünen allerdings wieder mit deutlichen Stimmengewinnen und zwar vor allem auf Kosten der SPD rechnen. **Verschleißerscheinungen der Großen Koalition, Unzufriedenheit in Teilen der SPD mit dem Kurs von Henning Scherf in der Großen Koalition, Proteste in Stadtteilen gegen einzelne Maßnahmen der jetzigen Regierungskoalition, der Sparkurs der Großen Koalition in der Sozial- und Kulturpolitik – all das ist jetzt Wasser auf die Mühlen der einzigen parlamentarischen Oppositionspartei der letzten Legislaturperiode. Bereits bei der letzten Bundestagswahl konnten die Grünen wieder an alte Wahlerfolge anknüpfen und in ihren Hochburgen rund um die Innenstadt punkten. Obwohl die Bremer Grünen kaum profilierte Köpfe in den letzten Jahren hervorgebracht haben und in einigen Politikfeldern eher einen traditionalistischen Politikansatz verfolgen, ist ihnen also ein Zugewinn sicher. Allerdings haben sie es nicht geschafft, eine wirkliche Wechselstimmung in Richtung eines rot-grünen Senats zu erzeugen. Für große Teil der Eliten, aber auch der Bevölkerung Bremens ist ein rot-grüner Senat nach wie vor ein Schreckgespenst. Von rot-grünen Regierungen in anderen Bundesländern geht gegenwärtig ebenfalls kaum eine mobilisierende Strahlkraft aus. Hinzu kommt, dass Scherf erklärt hat, dass er für eine rot-grüne Koalition nicht zur Verfügung steht. Vor diesem Hintergrund bleibt für die Wähler vollkommen unklar, wer sowohl auf Seiten der SPD als auch auf Seiten der Grünen in diesem Fall die zuverlässigen Architekten und Partner eines stabilen rot-grünen Senats unter schwierigsten finanziellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sein könnten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass trotz der nicht übersehbaren Abnutzungserscheinungen der Großen Koalition auch bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl eine deutliche Mehrheit eine Fortsetzung der Großen Koalition präferiert. Die Grünen werden sich deshalb mit großer Wahrscheinlichkeit erneut mit der Rolle einer wenn auch erheblich gestärkten Opposition zufrieden geben müssen.**

d) Die FDP

Seit Beginn der fünfziger Jahre war die FDP eine anerkannte und durchaus erfolgreiche politische Kraft in Bremen. Vor allem in den siebziger Jahren konnte sie sich in der Hansestadt auf ein starkes sozialliberales Milieu stützen und mehrfach zweistellige Wahlergebnisse erzielen. 1975 schnitt sie mit 13 % überragend ab. Zwischen 1950 und 1980 war die FDP darüber hinaus mehrere Male Teil einer Regierungskoalition mit der SPD und konnte eigene Senatoren stellen. 1991 erzielte die FDP immerhin noch 9,5 % und legte damit den Grundstein für ihre Einbeziehung in die Ampelkoalition. Danach ging es steil bergab. Für das desaströse Wahlergebnis von 3,4 % im

Jahr 1995 war in erster Linie der vom liberalen Wirtschaftssenator erzwungene Bruch der Ampelkoalition verantwortlich. Dafür wurde die FDP von den Wählern deutlich abgestraft. **Aber auch in den Folgejahren konnte die FDP, die auch bundespolitisch an Unterstützung eingebüßt hatte, nicht wieder richtig Fuß fassen. Da die CDU sich auf das Bündnis mit der SPD festgelegt hatte, fehlte der FDP das Pendant für einen rein bürgerlichen Regierungswechsel, der angesichts der Kräfteverhältnisse von vorneherein aussichtslos erschien. Einen Tiefpunkt, gewissermaßen als Splitterpartei, erreichte die FDP mit einem Ergebnis von 2,5 % bei der letzten Wahl (das waren sogar weniger Stimmen als die für die DVU). Ein Manko der FDP ist, dass sie sich in der Spitze in den letzten Jahren kaum erneuert hat. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wirbt sie mit den alten Köpfen. Als außerparlamentarische Oppositionspartei hatte sie in den letzten Jahren auch nur wenige Chancen, auf sich aufmerksam zu machen. Es fehlt nicht nur an einem möglichen Koalitionspartner, sondern auch an eigenen originellen Ideen. Teile der wirtschaftspolitischen Programmatik der FDP werden außerdem bereits von der Politik der Großen Koalition abgedeckt. Vor diesem Hintergrund dürften die Zugewinne der FDP bescheiden sein. Das selbst angestrebte Ziel von 10 % ist ähnlich utopisch wie die 18 % der FDP bei der letzten Bundestagswahl. Es wäre bereits ein Erfolg, wenn die FDP knapp die 5 % Hürde schaffen würde.**

e) Die anderen Parteien

Die verschiedenen Splitterparteien auf dem linken und rechten Spektrum werden bei der jetzigen Bürgerschaftswahl aller Voraussicht nach nur eine marginale Rolle spielen. Die DVU konnte zwar Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre Überraschungserfolge erzielen, hat sich dann aber selber durch ihre Verweigerung einer ernsthaften Mitarbeit im Parlament sowie durch ihr Finanzgebahren ins Abseits katapultiert. Ein tatsächliches Comeback ist bei dieser Wahl nicht zu erwarten. Eine Ausnahme könnte allerdings Bremerhaven bilden. Dort hat die DVU in den letzten Jahren immer wieder über 5 % gelegen und auch in der ablaufenden Legislaturperiode ein Mandat erworben. Anderen Parteien am rechten Rand, wie die Schill-Partei, die mit rechtspopulistischer Rhetorik Protestwähler und rechte Wähler zu mobilisieren versucht, fehlen polarisierende Themen sowie überzeugenden Figuren, die im Stile eines Roland Barnabas Schill die politische Landschaft aufmischen könnten. DVU und Schill werden sich unter Umständen sogar wechselseitig Wähler abnehmen. Auch die PDS wird eine Randerscheinung bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl bleiben. Zu ihren besten Zeiten, in den neunziger Jahren, hatte sie mehrfach mit erheblichen finanziellen und personellen Ressourcen versucht, einen parlamentarischen Durchbruch in dem Minielektorat Bremen zu organisieren – ohne Erfolg. Über 2,9 % ist sie nie hinausgekommen. Angesichts der allgemeinen Krise der PDS nach ihrem Scheitern bei der letzten Bundestagswahl ist sie mehr denn je eine ostdeutsche Regionalpartei, der es kaum gelingen wird, in den Parlamenten der alten Bundesländer jemals Fuß zu fassen.

Wahlen in Bremen seit 1945

Wahltag	Wahlb.	SPD	CDU	FDP	Die Grünen	Sonstige	Sitze	SPD	CDU	FDP	Die Grünen	Sonstige
12.10.1947	67.8%	41.7%	22.0%	5.5%	-	BDV 14.0% KPD 8.8% DP 3.9%	100	46	24	2	-	BDV 15 KPD 10 DP 3
07.10.1951	83.3%	39.1%	9.0%	11.8%	-	DP 14.7% SRP 7.7% KPD 6.4% BHE 5.6% WDF 4.3%	100	43	9	12	-	DP 16 SRP 8 KPD 6 BHE 2 WDF 4
09.10.1955	84.0%	47.7%	18.0%	8.6%	-	DP 16.6% KPD 5.0%	100	52	18	8	-	DP 18 KPD 4
11.10.1959	79.2%	54.9%	14.8%	7.1%	-	DP 14.5%	100	61	16	7	-	DP 16
29.09.1963	76.1%	54.7%	28.9%	8.4%	-	DP 5.2%	100	57	31	8	-	DP 4
01.10.1967	77.0%	46.0%	29.5%	10.5%	-	NPD 8.8%	100	50	32	10	-	NPD 8
10.10.1971	80.0%	55.3%	31.6%	7.1%	-	DKP 3.1%	100	59	34	7	-	0
28.09.1975	82.2%	48.7%	33.8%	13.0%	-	DKP 2.1%	100	52	35	13	-	0
07.10.1979	78.5%	49.4%	31.9%	10.7%	BGL 5.1%	AL 1.4%	100	52	33	11	BGL 4	0
25.09.1983	79.7%	51.3%	33.3%	4.6%	5.4%	BGL 2.4%	100	58	37	0	5	0
23.09.1987	75.6%	50.5%	23.4%	10.0%	10.2%	DVU 3.4%	100	54	25	10	10	DVU 1
13.05.1991	72.2%	38.8%	30.7%	9.5%	11.4%	DVU 6.2%	100	41	32	10	11	DVU 6
14.05.1995	68.6%	33.4%	32.6%	3.4%	13.1%	AFB 10.7%	100	37	37	0	14	AFB 12
06.06.1999	60.1%	42.6%	37.1%	2.5%	8.9%	DVU 3.0%	100	47	42	0	10	DVU 1

(Tabelle aus www.election.de/hist/hist_hb.html)